

Arbeitskreis Bildungsgipfel

Der Arbeitskreis Bildungsgipfel dient der Vorbereitung eines Bildungsgipfels der StudentInnenschaften mit dem in die aktuellen Hochschulpolitischen Diskussionen inhaltlich eingegriffen werden soll. Zur Zeit beteiligen sich an diesem Arbeitskreis folgende StudentInnenvvertretungen und Zusammenschlüsse von StudentInnenschaften:

ASTA der FH Aachen, ASTA der RWTH Aachen, ASTA der Uni Augsburg, ASTA der TU Berlin, ASTA der FH Bielefeld, ASTA der EFH Bochum, ASTA der Uni Bochum, ASTA der Uni Bonn, ASTA der Uni Bremen, ASTA der Uni Dortmund, ASTA der Uni Düsseldorf, ASTA der UGHŠ Essen, ASTA der Uni Hamburg, ASTA der Uni Hannover, UStA der Uni Heidelberg, ASTA der Uni Hildesheim, ASTA der Uni Karlsruhe, ASTA der Uni Köln, ASTA der Uni Koblenz, ASTA der Uni Köln, ASTA der Uni Mainz, ASTA der FH München, ASTA der KFH München, ASTA der Uni Münster, ASTA der FH Niederrhein, ASTA der FH Nürnberg, ASTA der Uni Osnabrück, ASTA der FH Ostfriesland, UStA der FH Pforzheim, ASTA der Uni Regensburg, ASTA der GH Wuppertal, Büro von ASten, USten und StudentInnenräten (BAS), Freie Konferenz der StudentInnenschaften an Fachhochschulen (FKS).

für die Organisationsgruppe:

FKS
Freie Konferenz der StudentInnenschaft an Fachhochschulen
Reuterstr. 44, 5300 Bonn 1
0228 26 21 19, FAX 21 49 24

Bonn, den 22. Januar 1993

StudentInnen werden wieder zur Bewegung

In dieser Woche fanden an zahlreichen Hochschulen Veranstaltungen, Aktionen, Vorlesungsboykotts, Demonstrationen und Warnstreiks statt. Anlaß sind die aktuellen Vorschläge zur Hochschulstrukturreform.

Nachdem bekannt wurde, daß im Wissenschaftsrat diskutiert wird, Studengebühren von 1000 DM pro Semester für alle einzuführen, gab es einen ersten Sturm des Protestes an den Hochschulen. Bildungspolitikern aller Parteien waren danach gezwungen, sich von diesem Vorschlag schnell zu distanzieren; heute ist er vom Tisch.

Nicht vom Tisch sind allerdings die Vorschläge der Finanz- und KultusministerInnenkonferenz, das Studium für alle in ein kurzes Schmalspurstudium umzuwandeln, für das zwei Semester nach Überschreitung der Regelstudienzeit Gebühren gezahlt werden müssen und wo nach vier Semestern der Rausschluß folgt. Die wissenschaftliche Bildung, die von der Einheit von Forschung und Lehre, von der Gemeinschaft von Lehrenden und Lernenden und der Einheit der Wissenschaften (Interdisziplinarität) geprägt ist, soll es nur noch für wenige geben.

Die MinisterInnen folgen in diesem Konzept den Ideen der HochschulrektorInnenkonferenz, die diese Zweiteilung des Studiums schon in ihrem Konzept zur Entwicklung der Hochschulen formulierten. Die 'gemeinsame Linie' wird in der Stellungnahme der Gemeinsamen Arbeitsgruppe HfK/KMK "Studienreform mit dem Ziel der Studienzeitverkürzung" vom 16.10.1992 deutlich herausgestellt.

Die HochschulrektorInnen versprechen sich davon, in einem Aufbaustudium für eine kleine Elite ihre Ideen von Hochschulbildung verwirklichen zu können, wenn es schon nicht für alle geht. Die PolitikerInnen versprechen sich eine kostenneutrale Bewältigung der Überlast an den Hochschulen. Die StudentInnen müssen da eben durch.

Die machen da aber nicht mit. Bundesweit begannen die StudentInnen in dieser Woche wieder massiv ihr Recht auf Bildung einzufordern.

In München demonstrierten 3.000 StudentInnen aller Münchner Hochschulen zum Kultusministerium.

In Mainz demonstrierten 1.500 StudentInnen aus ganz Rheinland Pfalz zum Wissenschaftsministerium, in Berlin demonstrierten 600.

In Düsseldorf demonstrierten 7.000 StudentInnen aus ganz Nordrhein-Westfalen vor dem Wissenschaftsministerium, in Dortmund blockierten 6.000 StudentInnen die Bundesstraße 1, 8.000 kamen zur Kundgebung zu der die Dortmunder ASten und der DGB aufgerufen hatten.

In Bremen demonstrierten 2.500 zur Senatorischen Kulturbehörde, in Hamburg startete eine Unterschriftenkampagne, zu der bisher 1.500 Unterschriften gesammelt wurden.

Diese Aktionen sind erst der Anfang. Die StudentInnen werden die PolitikerInnen und RektorInnen nicht weiterhin über ihre Köpfe hinweg Politik machen lassen. Die vorliegenden Konzepte wurden ohne StudentInnen entwickelt und gehen an ihren Rechten und Interessen vorbei. In den Aktionen dieser Woche wurde auch damit begonnen, eigene studentische Vorstellungen zur Zukunft der Hochschulen zu diskutieren.

Die StudentInnen werden im Mai mit einem eigenen Bildungsgipfel ihre Ideen für eine wirkliche Hochschulreform weiterentwickeln und öffentlich darstellen.

Landesastenkonzferenz Nordrhein Westfalen

Presseerklärung

Düsseldorf, den 21. Januar 1993

Landesweite Demonstration in Düsseldorf StudentInnen für andere Bildungspolitik

Nachdem die Vorschläge aus dem Wissenschaftsrat, Studiengebühren von 1000 DM pro Semester für alle einzuführen, bekannt geworden waren, gab es einen ersten Sturm des Protestes an den Hochschulen. Daraufhin waren die BildungspolitikerInnen aller Parteien gezwungen, sich von diesem Vorschlag schnell zu distanzieren und am letzten Dienstag meinte auch ein Sprecher des Wissenschaftsrates in Berlin, Studiengebühren werde es nicht geben.

Nach wie vor schlagen allerdings die Finanz- und KultusministerInnen aller Länder gemeinsam vor, Studiengebühren nach Überschreitung der Regelstudienzeit einzuführen und die StudentInnen zwei Jahre nach Überschreitung der Regelstudienzeit rauszuwerfen. Teilweise wird auch diskutiert, Studierendenzahl zu Prüfungsterminen zwangsweise zu la-

schränken. *"Damit werden die Betroffenen einer über Jahre verfehlten Bildungspolitik - die StudentInnen - für die Versäumnisse der PolitikerInnen bestraft"* sagte ein Sprecher der Freien Konferenz der StudentInnenschaften an Fachhochschulen (FKS) auf der Kundgebung.

Während von 1977 bis 1990 die Zahl der StudienanfängerInnen um 72,8 % gestiegen sind, wurden die Hochschulräume nur um 10,5% und das wissenschaftliche Personal nur um 6% erweitert. Das Ergebnis: Auf einen Professor oder eine Professorin kommen heute an Fachhochschulen 37 StudentInnen und an Universitäten 18 StudentInnen. Die für ca. 800.000 StudentInnen gebauten Hochschulräume müssen sich heute ca. 1.860.000 StudentInnen teilen.

Der von der Bundesanstalt für Arbeit prognostizierte Bedarf an wissenschaftlich ausgebildeten Menschen wird sowohl von PolitikerInnen aller Parteien und den HochschulrektorInnen ignoriert. Die aktuellen Vorschläge der Bildungspolitik zielen nur darauf ab, diese Krise an den Hochschulen unter dem Titel 'Studienreform' möglichst billig zu bewältigen. Die StudentInnen haben von einer Studienreform eine andere Vorstellung. Eine Sprecherin des ASTA's der Fachhochschule Düsseldorf: *"Es ist notwendig, daß wir uns einen eigenen Entwurf basteln, sowohl was unser konkretes Stu-*

dium, als auch was die Funktion, die Bildung in einer Gesellschaft haben soll, angeht. Wir haben Fantasie genug, uns einen Gegenentwurf auszudenken."

In den Vorstellungen, die BildungspolitikerInnen und HochschulrektorInnen zur Zeit diskutieren, haben solche Ideen keinen Platz. Ein Studium, daß von der Einheit von Forschung und Lehre, der Gemeinschaft von Lehrenden und Lernenden, Interdisziplinarität, Lernen an Projekten und anderem geprägt ist, soll es nur noch für eine kleine Elite in einem speziellen Aufbaustudium an den Universitäten geben.

Die Masse der StudentInnen soll in einem entwissenschaftlichten, sogenannten 'grundständigen' Studium an Fachhochschulen und Universitäten durchgeschleußt werden. Nur weil Fachhoch-

um noch mehr StudentInnen ausschließlich berufsorientiert auszubilden.

BildungspolitikerInnen, Wirtschaft und HochschulrektorInnen haben durchaus erkannt, daß eine hohe Qualifikationsniveau im Bildungssystem wesentliche Voraussetzung für die weitere Entwicklung der Gesellschaft ist. Deshalb kommen sie nicht umhin, am Öffnungsbeschluß der Hochschulen festzuhalten, also allen Studienberechtigten, die studieren wollen auch ein Studium zu ermöglichen.

Klar ist aber auch, daß in den aktuellen Auseinandersetzungen um die knappen öffentlichen Ressourcen, die Bildungspolitik recht weit hinten an der Reihe steht. Daher soll die angestrebte "Hochschulstrukturreform" hauptsächlich ermöglichen, daß möglichst viele möglichst billig studieren. Den gesellschaftlichen Anforderungen, die heute angesichts ökologischer, sozialer und ökonomischer Probleme an wissenschaftliche Bildung gestellt werden müssen, wird ein solches Studium allerdings nicht mehr gerecht. Es dient allenfalls einseitig kurzfristigen Interessen der Wirtschaft und anderer Anstellungsträger, schnell viele in einem Schmalspurstudium quasiwissenschaftlich ausgebildete 'Fachkräfte' zu bekommen.

Gleichzeitig mit der Demonstration in Düsseldorf finden landesweite Demonstrationen in München, Berlin, Bremen und Mainz statt. Bundesweit werden heute über 20.000 StudentInnen erwartet. In der nächsten Woche demonstrieren StudentInnen in Hessen.

Die StudentInnen fordern:

- * Der Bildungsbereich muß finanziell in die Lage versetzt werden, daß Grundrecht auf Bildung für alle zu gewährleisten.
- * Alle Hochschultypen müssen ausgebaut werden, entsprechend den Studierwünschen der Betroffenen. Deshalb dürfen Fachhochschulen nicht auf Kosten der Universitäten ausgebaut werden, sondern alle Hochschulen brauchen mehr Räume, Geräte und Personal.
- * Das Grundrecht auf Bildung muß auch sozial abgesichert werden. Das heißt, das BAföG muß erhöht statt eingefroren werden, es muß ausreichenden kostengünstigen Wohnraum, Möglichkeiten für StudentInnen mit Kind und Behinderte zu studieren, etc. geben.
- * Frauenförderung und Frauenforschung müssen Schwerpunkte an den Hochschulen werden. Es muß zum Beispiel Frauenförderpläne und -quoten für Personal und Studierende in zulassungsbeschränkten Studiengängen geben.
- * Alle Hochschultypen müssen gleichwertig sein, das bedeutet, daß die Fachhochschulabschlüsse auch real als gleichwertig behandelt werden müssen z.B. bei der Promotion und der Besoldung im öffentlichen Dienst. Die Fachhochschulen müssen deshalb auch finanziell den Universitäten gleichgestellt werden. Insofern darf es einen Ausbau der Fachhochschulen nicht nur deswegen geben, weil ihre Studienplätze billiger sind, als die an den Universitäten.
- * Die Hochschulreform darf keinesfalls nur eine Hochschulstrukturreform sein. Studienformen und -inhalte sind in einem gesamtgesellschaftlichen Kontext zu überprüfen und zu reformieren. Dabei müssen die Hochschulen sich ihrer Verantwortung in ökonomischen, ökologischen und sozialen Fragen stellen und dieses Feld nicht weiter kritiklos Industrie und Politik überlassen.
- * Alle Veränderungen und Reformen müssen die direkt Betroffenen maßgeblich eingebunden werden. Das heißt die StudentInnen müssen sowohl an den Hochschulen als auch in den Ministerien in die Entscheidungsprozesse gleichberechtigt einbezogen werden.
- * Die Planungen, daß dreizehnte Schuljahr zu streichen und ein Zentralabitur einzuführen sind auch abzulehnen. Sie folgen derselben Intention wie die Vorschläge im Hochschulbereich, die Allgemeinbildung den Finanzmangel zu opfern und die Bildungszeit insgesamt zu verkürzen.
- * Ziel aller Bildung in der Gesellschaft muß sein, Menschen interdisziplinär und verantwortungsbewußt zu ganzheitlichen Denken zu befähigen.
- * Im Vorfeld des geplanten Spitzengesprächs von Kanzler und MinisterpräsidentInnen zur Bildungspolitik werden StudentInnen aus der gesamten Bundesrepublik mit einem eigenen Bildungsgipfel im Mai die bildungspolitischen Ziele für die Zukunft definieren.
- * Alle Veränderungen und Reformen müssen die direkt Betroffenen maßgeblich eingebunden

Rede von Thomas Molck, Geschäftsführer der Freien Konferenz der StudentInnenschaften an Fachhochschulen (FKS) auf der Demo am 22.1.1993 am Wissenschaftsministerium in Düsseldorf

"Wir stehen heute nicht zum ersten Mal hier. Über Jahre und Jahre haben wir immer wieder an diesem Wissenschaftsministerium demonstriert, haben immer wieder auf die katastrophalen Situation an den Hochschulen hingewiesen. Die Ministerin hat es nicht gehört.

Die erste Antwort auf die Krise an den Hochschulen aus diesem Ministerium war das Aktionsprogramm Qualität der Lehre. Auch wenn dieses Programm auch aus unserer Sicht manche Positive Elemente enthält, so haben wir doch immer wieder darauf hingewiesen, daß alle Reformmaßnahmen nur greifen können, wenn die Hochschulen durch ausreichende finanzielle Mittel auch dazu in die Lage versetzt werden.

Wir sind auf taube Ohren gestoßen.

Erst als die RektorInnen Mitte letzten Jahres den Öffnungsbeschluß aufgekündigt haben, wurden die BildungspolitikerInnen wach und schrieben ein Papier. [Zwischenruf: Lokuspapier] Richtig.

Sie nannten es Brief der Finanz- und KultusministerInnenkonferenz an die MinisterpräsidentInnenkonferenz. In diesem Papier nannten sie erstmalig von ministerieller Seite deutliche Zahlen. Um mehr als 72 Prozent ist die Zahl der StudienanfängerInnen seit 1977 gestiegen. Die Zahl der Hochschulräume stieg aber nur um etwas mehr als 10 Prozent, die des wissenschaftlichen Personals nur um 6 Prozent.

Das die Hochschulen unter diesen Bedingungen nicht weiterarbeiten können, das mußten selbst MinisterInnen erkennen.

Sie setzten sich zusammen mit den FinanzministerInnen und überlegten, wie die Krise zu bewältigen sei. Da ihrer Meinung nach nicht viel mehr Geld da ist, suchten sie nach anderen Wegen als dem Ausbau der Hochschulen und so entstand auf der Grundlage des von der HochschulrektorInnenkonferenz entwickelten Konzepts zur Entwicklung der Hochschulen das Modell, nach dem die Masse der StudentInnen in einem entwissenschaftlichten und straffen Kurzstudium durchgeschleußt werden soll. Nur noch wenige sollen in einem Elitestudium wirklich noch das erleben, was Hochschulen ausmachen sollte: Die Einheit von Forschung und Lehre, die Gemeinschaft von Forschenden und Lehrenden, die Interdisziplinarität und anderes.

Damit die Masse dabei nicht zu lange studiert, soll es nach diesem Konzept Studiengebühren nach zwei Semestern Überschreitung der Regelstudienzeit geben und nach vier Semestern sollen die Betroffenen rausfliegen. Damit werden die Betroffenen einer über Jahre verfehlten Bildungspolitik - die StudentInnen - für die Versäumnisse der PolitikerInnen bestraft.

Wir haben vom Studium eine andere Vorstellung, wozu andere RednerInnen hier mehr sagen.

Eine spezielle Funktion in diesen Sparplänen haben die Fachhochschulen. Fachhochschulen sind billiger. Klar, wenn an Universitäten mittlerweile 18 StudentInnen auf einen oder eine ProfessorIn kommen und an Fachhochschulen 37, wenn FH-ProfessorInnen mehr als doppelt soviel Lehren müssen, weniger verdienen und so gut wie keine wissenschaftlichen MitarbeiterInnen haben - im Gegensatz zu ProfessorInnen an der Uni.

Daher die einfache Idee: Jeder zusätzliche Studienplatz an Fachhochschulen kostet nur halb soviel, wie ein zusätzlicher Studienplatz an Universitäten.

In diesem Sinne wird der Ausbau der Fachhochschulen von vielen unabhängig, von einigen sogar auf Kosten der Universitäten gefordert. Ich möchte hier deutlich sagen, daß auch wir, als StudentInnen an Fachhochschulen, einen Ausbau der Fachhochschulen auf Kosten der Universitäten ablehnen.

Alle Hochschultypen müssen ausgebaut werden, weil es überall zu wenig Räume und Personal gibt. Der Ausbau der Fachhochschulen muß zusätzlich dazu führen, daß die Fachhochschulen den Universitäten auch finanziell gleichgestellt werden. Das wird dann natürlich teuer.

Wir demonstrieren hier vor dem Wissenschaftsministerium in Düsseldorf. Deshalb muß unsere besondere Aufmerksamkeit den sozialdemokratischen Landesregierungen und WissenschaftsministerInnen gelten, die die Beschlüsse für eine Zweitteilung des Studiums, für Studiengebühren und Zwangsexmatrikulation nach der Regelstudienzeit mittragen.

Und, auch wenn die Forderung aus dem Wissenschaftsrat nach Studiengebühren für alle mittlerweile von vielen PolitikerInnen abgelehnt wurde, so ist es doch ein Skandal, daß dies erst geschah, als die Vorschläge zufällig öffentlich wurden. Anke Brunn wußte vorher von diesen Vorschlägen, hielt es aber nicht für nötig, sie öffentlich zu machen.

"Jeder soll jederzeit und überall seine Chance haben. Weder Herkunft noch Besitz, weder Alter noch Konfession, weder Wohnort noch Geschlecht sollen die Chancengleichheit, sollen das Bürgerrecht auf Bildung einschränken." [großer Applaus]

Das sagte Willy Brand vor dem Bundestag am 14.10.1970. [Sprechchöre: Wer hat uns verraten - Sozialdemokraten].

Es ist jetzt an der Zeit, die SPD zu fordern, Stellung zu beziehen, ob weiter Milliarden in Steuergeschenke für die Wirtschaft, in Rüstung, Straßenbau und andere unsinnige Projekte gesteckt werden soll, oder ob für die Ausgaben im Bildungs- und Sozialbereich die notwendigen Mittel auch zur Verfügung gestellt werden sollen.